

Eine neue NATO?

Der Beitritt der sieben mitteleuropäischen Staaten zum Bündnis

Helga Haftendorn unter Mitarbeit von Benjamin Gaul

Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Washington traten am 29. März 2004, fast auf den Tag 55 Jahre nach der Gründung des Atlantischen Bündnisses, sieben neue Mitglieder – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien – der NATO bei. Statt ursprünglich 12 gehören ihr nun 26 Staaten an. Wie kam es zu dieser »großen« Erweiterungsrunde, die nach Berechnungen der RAND Corporation Kosten in Höhe von 40 Mrd. US-Dollar verursachen könnte? Ein Blick auf den Erweiterungsprozeß macht es verständlicher, warum sich die Allianz zu diesem Schritt entschlossen hat. Was bringen die neuen Mitglieder in das Bündnis ein, was erwarten sie von diesem? Welchen Beitrag erwartet die NATO von ihnen, werden sie eher eine Bereicherung oder eine Belastung sein?

Es ist nicht die erste Erweiterung der NATO, wenn auch die umfangreichste und anspruchsvollste, treten doch drei ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes, ein Teilstaat des früheren Jugoslawiens und mit den baltischen Staaten drei Länder bei, die bis 1991 zum sowjetischen Staatsverband gehörten.

Die erste Erweiterung um Griechenland und die Türkei im Jahre 1951 diente der Absicherung der NATO-Südflanke. Auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland 1955 war strategisch motiviert. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges galt es, einer als aggressiv eingeschätzten Sowjetunion den Zugriff auf Mitteleuropa zu verwehren und das westdeutsche Potential in die Atlantische Allianz einzugliedern.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

mehrten sich in Ost- und Westeuropa die Stimmen, die für eine Aufnahme der in einem demokratischen Transformationsprozeß befindlichen Staaten Mittelosteuropas (MOE) in die NATO plädierten. Eines der ersten Länder, das sich den Beitritt zum Ziel setzte, war Slowenien, das darüber eine Volksabstimmung durchführte.

Im Westen regte als erster NATO-Generalsekretär Manfred Wörner auf der Jahreskonferenz des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) im September 1993 in Brüssel eine Erweiterung des Bündnisses an. Verteidigungsminister Volker Rühle setzte sich wenige Wochen später auf der Sitzung des Verteidigungsplanungsrates (DPC) in Travemünde ebenfalls dafür ein. Auch einige amerikanische Experten (Asmus, Kugler und Larrabee, »Building a

New NATO«, in *Foreign Affairs*, September/Oktober 1993) argumentierten in diese Richtung, wobei sie die »Visegrad-Länder« Polen, Tschechien, Ungarn und eventuell Slowakei als geeignete Kandidaten ansahen. Es war nicht verwunderlich, daß deutsche Politiker zu den nachdrücklichsten Befürwortern gehörten. Die Osterweiterung schien Deutschland ein geeignetes Mittel, seine Randlage zu überwinden und die politische Stabilität seiner östlichen Nachbarn zu erhöhen.

Die USA zögerten jedoch, bereits zu diesem Zeitpunkt eine NATO-Erweiterung in Betracht zu ziehen. Zunächst sollten das Verhältnis zu Rußland konsolidiert, die politischen und militärischen Auswirkungen einer Erweiterung abgeschätzt und die Beitrittsvoraussetzungen geklärt werden. Als Zwischenschritt wurde eine »Partnership for Peace« (PfP) entwickelt, die gemeinsame Aktionen mit den MOE-Staaten erlaubte, diese allmählich an das Bündnis heranführten, vielleicht auch als Ersatz für einen Beitritt dienen sollte.

In der 1995 in Brüssel verabschiedeten Erweiterungsstudie wurden die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft präzisiert und eine Vorbereitungsstrategie entwickelt. Als Voraussetzungen wurden ein stabiles demokratisches System, die Unterordnung der Streitkräfte unter zivile Kontrolle, die Lösung von Minderheitenproblemen und eine funktionierende Marktwirtschaft genannt. Außerdem sollte das neue Mitglied einen angemessenen militärischen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung leisten.

Gleichzeitig erklärten die USA, daß die NATO nicht die Absicht hätte, in den Beitrittsstaaten Kernwaffen oder ausländische Streitkräfte zu stationieren. Über diese Zusicherungen hinaus vereinbarte das Bündnis im Mai 1997 mit Rußland eine »Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit«, die den Rahmen für eine breite Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten bot. Ein ähnliches Abkommen wurde mit der Ukraine abgeschlossen. Außerdem wurde ein »NATO-Rußland-Rat« eingerichtet.

Auf ihrer Tagung im Juli 1997 in Madrid luden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten Polen, Tschechien und Ungarn zu Beitrittsverhandlungen ein. Ursprünglich hatten sich 12 Staaten um die Mitgliedschaft bemüht. Frankreich und Italien hatten insbesondere für die Aufnahme Sloweniens und Rumäniens plädiert, konnten sich aber nicht gegen den Einwand durchsetzen, daß diese Staaten ihre militärischen Anstrengungen noch verstärken mußten. Die Verhandlungen mit Polen, Tschechien und Ungarn waren im Dezember 1997 beendet. Nachdem der Ratifizierungsprozeß Anfang 1999 abgeschlossen war, konnten die drei Länder am 12. März 1999 in das Bündnis aufgenommen werden.

Die NATO bekannte sich damals zu einer »Politik der offenen Tür« und sicherte weiteren Staaten die Möglichkeit eines Beitritts zu, ohne sie aber schon namentlich zu nennen. Ein »Membership Action Plan« (MAP) sollte sie auf den Beitritt vorbereiten. Dazu wurden sie auf die Notwendigkeit der Vorhaltung geeigneter Streitkräfte für NATO-Missionen, deren Standardisierung und Interoperabilität, ausreichende Verteidigungsausgaben sowie die Mitwirkung in den Gremien der NATO verwiesen.

Die Ziele der Erweiterung blieben konstant: die MOE-Staaten sollten der Gemeinschaft der Demokratien im atlantischen Raum eingegliedert und das Bündnis sollte in die Lage versetzt werden, Stabilität in gefährdete Regionen zu projizieren sowie in internationalen Krisen mäßigend und friedenssichernd zu wirken.

Erfahrungen mit der Erweiterungsrunde von 1999

Mit Enthusiasmus traten Polen, Ungarn und Tschechien der NATO im Jahre 1999 als erste neue Mitglieder nach der Auflösung des Warschauer Paktes bei. Ihre Aufnahme war ein Meilenstein in der Geschichte des Atlantischen Bündnisses, das zum ersten Mal Staaten aufnahm, die zehn Jahre zuvor der »Gegenallianz« angehört hatten. Auf-

genommen wurden diejenigen Länder, bei denen der politische und wirtschaftliche Transformationsprozeß am weitesten fortgeschritten war. Dennoch hatten sie beträchtliche Mühe, ihre militärischen Potentiale zu verkleinern, zu modernisieren und an die NATO-Standards anzupassen. Wirtschaftliche Probleme und die Anforderung, gleichzeitig die Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union (EU) zu erfüllen, belasteten den Anpassungsprozeß zusätzlich.

Polen hatte unter den drei beitretenden Ländern den größten Militärapparat und das höchste Bruttosozialprodukt (BSP). Vor die Aufgabe einer völligen Umstrukturierung und Umdislozierung seiner Streitkräfte gestellt, hat es sich als erstes Neumitglied für die Aufstellung multinationaler Einheiten entschieden: Es verfügt über ein polnisch-deutsch-dänisches Korps mit Hauptquartier in Szczecin (Stettin) sowie über gemeinsame Brigaden mit Litauen und der Ukraine. Von den 163 000 Soldaten seiner Streitkräfte (alle Zahlenangaben nach *Military Balance 2003–2004*) beteiligen sich etwa 3800 an mehreren NATO- und UN-Missionen. Polen hat auch – mit Unterstützung anderer Partner – die Nachkriegsverwaltung des mittleren Sektors im Irak übernommen.

Tschechien ist es gelungen, einige militärische Defizite auszugleichen, die beim Beitritt noch bestanden hatten. Angesichts knapper finanzieller Ressourcen hat es sich für eine Spezialisierung seiner Streitkräfte (Gesamtumfang 57 050 Mann) auf die ABC-Abwehr und für die Verstärkung der Hubschraubereinheiten entschieden. Die übrigen Mittel fließen in erster Linie in strategische Modernisierungsprojekte. Insgesamt fehlt in der Folge das Geld für den laufenden Betrieb und die notwendige Ausbildung. Mit etwa 1200 Mann unterstützt Tschechien NATO- und UN-Missionen im Ausland.

Ungarn, dessen Streitkräfte-Modernisierung zum Beitrittstermin am weitesten fortgeschritten war, ist im Vergleich zu Polen und Tschechien in seinen Moderni-

sierungsbemühungen etwas zurückgefallen. Trotz Defiziten ist Ungarn aber wegen seiner strategischen Position an der Grenze zu Serbien für das Bündnis von großer Bedeutung. Während des Kosovo-Krieges konnte die NATO Ungarns Territorium und seinen Luftraum nutzen. Auch im Rahmen anderer Einsätze ist das Land ein verlässlicher Partner, der sich mit ca. 1000 Mann an NATO- und UN-Missionen beteiligt. Der Gesamtumfang der ungarischen Streitkräfte beträgt 33 400 Soldaten.

Die »neuen« Mitglieder

Nach der Aufnahme Polens, Tschechiens und Ungarns war lange umstritten, wie der Erweiterungsprozeß fortgesetzt werden sollte. Dem MAP und den darauf bezogenen Überprüfungsverfahren traten neun Staaten bei, ohne daß ihnen aber ein Beitrittstermin in Aussicht gestellt wurde; die NATO machte ihnen vielmehr deutlich, daß die Erfüllung der MAP-Kriterien nicht allein ausschlaggebend sein würde.

Zwei Ereignisse erleichterten die Entscheidung. In den USA gaben die Terrorakte vom 11. September 2001 den Anstoß zu einer Neubewertung der Erweiterungsfrage. Die US-Administration plädierte nunmehr für eine rasche Aufnahme weiterer Staaten in das Bündnis. Sie hoffte, auf diese Weise zusätzliche Helfer im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu gewinnen. Auch Länder mit relativ bescheidenen militärischen Fähigkeiten waren im »Krieg gegen den Terrorismus« (George W. Bush) willkommen.

Gleichzeitig wurde insofern Zündstoff aus der Erweiterungsfrage herausgenommen, als Rußland den Kampf gegen den Terrorismus aktiv unterstützte. Dies veranlaßte Moskau zu einer Neuorientierung der durch den Kosovo-Krieg beschädigten Beziehungen zur Atlantischen Allianz. Im Mai 2002 wurde auf der NATO-Tagung in Reykjavik und auf dem NATO-Rußland-Gipfel in Rom beschlossen, den NATO-Rußland-Rat in ein neues Gremium »NATO at 20« zu überführen, in dem Moskau mehr

Einfluß auf die Entscheidungsfindung des Bündnisses eingeräumt wurde. Im Gegenzug dämpfte Rußland seine Kritik an der Erweiterung des Bündnisses. Am schwersten ist für Moskau die NATO-Zugehörigkeit der baltischen Staaten zu ertragen. Der Kreml hat daher die Allianz mehrfach vor zu deutlichen »NATO-Fußstapfen« im Baltikum gewarnt und entsprechende Gegenreaktionen angedroht.

Auf dem NATO-Gipfel im November 2002 lud die Allianz Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Slowakei und Rumänien zu Beitrittsverhandlungen ein. Albanien und Mazedonien – ebenso wie Kroatien, das sich ebenfalls um einen Beitritt bemühte – wurde bedeutet, daß für sie die Tür weiter offen stehe, sie aber noch nicht alle Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllten. Die Ratifizierung der Verträge mit den sieben Staaten war Anfang 2004 abgeschlossen, so daß sie am 29. März 2004 in Washington in das Bündnis aufgenommen werden konnten.

Da es sich bei den neuen Mitgliedern um sehr kleine Staaten handelt – nur Rumänien, Bulgarien und die Slowakei haben mehr als fünf Millionen Einwohner, Estland aber nur 1,4 Millionen –, werden diese Staaten ähnliche, wenn nicht noch größere Probleme haben, ihre Streitkräfte an die NATO-Standards anzupassen. Einige von ihnen sind aufgrund ihrer strategischen Lage attraktiv für das Bündnis, Slowenien zum Beispiel bildet eine wichtige Landbrücke zwischen den NATO-Mitgliedern Italien und Ungarn. Für die Aufnahme der anderen sprachen eher politische Gründe, etwa die amerikanische Erwartung, Verbündete im Antiterrorkampf zu gewinnen.

Die baltischen Staaten

Aufgrund der gemeinsamen Grenze mit Rußland und der großen russischen Minderheiten war die Aufnahme der baltischen Staaten lange umstritten. Aus historischen Gründen – der Annexion durch die Sowjetunion 1939 – und wegen der Nähe Rußlands schien gerade für diese Länder der

NATO-Beitritt und der Schutz durch den Westen besonders geboten.

Daher schlossen die USA bereits 1998 mit Estland, Lettland und Litauen eine »Baltic Charter« ab, in der sie sich zur Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten und zu ihrem Schutz verpflichteten. Sie erklärten, daß Europas Sicherheit als Ganzes maßgeblich auch von der Sicherheit der baltischen Staaten abhängt. Gleichzeitig intensivierten die baltischen Staaten die Zusammenarbeit mit den anderen Staaten des Ostseeraums und untereinander. Sie unterhalten ein gemeinsames Bataillon (BALTBAT), eine Marineeinheit (BALTRON), ein Informationssystem (BALTRON) und eine Verteidigungsakademie (BALTDEFACOL).

Für alle baltischen Staaten ist die Integration in das euro-atlantische Sicherheitssystem von enormer Bedeutung, da es ihnen Schutz vor militärischer Bedrohung und politischen Pressionen gewährt. **Estland** sieht sich zwar nicht direkt militärisch bedroht, fürchtet aber die Risiken politischer Instabilitäten und internationaler Krisen. Ohne es auszusprechen, richtet sich der Blick dabei auf den Nachbarn Rußland. **Lettland** schließt die Möglichkeit eines großen militärischen Konfliktes nicht völlig aus. Aus diesem Grund wünscht es weiterhin eine enge Zusammenarbeit mit den USA.

Im Verteidigungsgesetz **Litauens** heißt es, dem Land drohten Gefahren aus seiner speziellen strategischen Lage und aus den instabilen Demokratien und hochgerüsteten Gebieten an seinen Grenzen. Dabei wird vor allem auf die Situation in Weißrußland und in der russischen Exklave Kaliningrad Bezug genommen. Erfahrungen mit der sowjetischen Okkupation 1939 kommen zum Tragen, wenn die gesamte Gesellschaft im Falle eines Angriffes zur *total defense*, einschließlich des Guerillakampfes, aufgerufen wird.

Alle drei baltischen Staaten sehen ihre Sicherheit am besten gewährleistet durch die Fähigkeit zur Selbstverteidigung, in die die Bevölkerung durch Wehrpflicht und Heimatwehren aus Freiwilligen einbezogen

wird, sowie durch internationalen Beistand. Sie streben daher eine hohe Flexibilität und Interoperabilität ihrer Streitkräfte mit denen der NATO an. Ihr Einsatz soll im Ernstfall durch Materialdepots und aktive Unterstützung (Host Nation Support, HNS) erleichtert werden.

Da sie zu den kleinsten Beitrittsländern gehören, setzen ihre beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen dem Aufbau und der Modernisierung ihrer Streitkräfte Grenzen. So verzichten alle drei auf die Anschaffung von Kampfflugzeugen für Ihre Luftwaffen. Außerdem konzentrieren sie sich auf die Entwicklung kleiner, mobiler und vernetzter Einheiten.

Die Armee **Estlands** umfaßt unter Ein-schluß der Freiwilligenverbände insgesamt 5510 Personen. Alles in allem waren bzw. sind 77 Mann an internationalen Einsätzen im ehemaligen Jugoslawien (IFOR, SFOR und SFOR II) und im Irak (Friedensunterstützung) beteiligt; sie haben außerdem an zahlreichen UN-Missionen (UNPROFOR, UNIFIL, UNTSO) mitgewirkt.

Wie Estland hat auch **Lettland** seine Verteidigungsausgaben erhöht, den NATO-Richtwert von 2% des BSP aber noch nicht erreicht. Um den hohen Anforderungen des Bündnisses gerecht zu werden, konzentriert sich Lettland auf die Modernisierung der Streitkräfte, die Grenzsicherung und den Ausbau des Zivilschutzes.

Das Land hat 4880 Männer und Frauen unter Waffen. Hinzu kommen 3200 Mann paramilitärische Kräfte. Im Ausland ist Lettland mit insgesamt 165 Mann an folgenden Einsätzen beteiligt: Irak (Friedensunterstützung), Afghanistan (ISAF), Bosnien (SFOR II) und Kosovo (KFOR).

Litauen arbeitet militärisch eng mit Polen zusammen. Seine Streitkräfte umfassen 12 700 Mann sowie 14 600 Mann paramilitärische Kräfte. Es ist mit insgesamt 174 Mann an verschiedenen internationalen Einsätzen beteiligt: Irak (Friedensunterstützung), Afghanistan (ISAF), Bosnien (SFOR II) und Kosovo (KFOR).

Die »Zwischenstaaten« Slowakei und Slowenien

Bei der Beitrittsrunde 1999 bereits als ernsthafte Kandidaten betrachtet, wurde die Einladung an beide Länder zurückgestellt, im Fall der Slowakei angesichts des autoritären Regimes von Vladimir Mečiar und im Falle Sloweniens wegen der Schwierigkeiten, angemessene militärische Fähigkeiten aufzubauen. Heute gilt die **Slowakei** aufgrund der strategischen Lage, ihrer militärischen Fähigkeiten und nicht zuletzt ihrer wirtschaftlichen Attraktivität als Gewinn für die Allianz.

Die Slowakei betrachtet sich nicht als militärisch bedroht, sieht aber den Prozeß der Globalisierung mit neuartigen, nicht-militärischen Risiken behaftet. Auch die Konflikte in Südosteuropa und im Kaukasus bergen Gefahren. Schon in der Vergangenheit hat das Land eng mit den anderen Vise-grad-Staaten zusammengearbeitet und will dies auch künftig tun. Von dem Beitritt zur NATO und zur EU erwartet es sich eine weitere Absicherung vor den Auswirkungen regionaler Krisen. Dabei sieht die Slowakei, ähnlich wie andere Beitrittsländer, in der Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) eine komplementäre Ergänzung zum System der kollektiven Verteidigung im Rahmen der NATO.

Die Slowakei arbeitet intensiv an der Transformation ihrer Streitkräfte, insbesondere ihrer Anpassung an die NATO-Standards, und an der Modernisierung ihrer Führungs- und Aufklärungsfähigkeiten (C⁴IR-Fähigkeiten). Sie will zudem eine mobile Eingreiftruppe (»High Readiness Force«) zur nationalen Verteidigung und zum Einsatz im Rahmen der NATO, Verstärkungskräfte und Mob-Einheiten unterhalten. Hinzu kommen Spezialkräfte für Antiterrorismuseoperationen und HNS.

Die Slowakei ist eines der wenigen kleineren Beitrittsländer, dessen Verteidigungsausgaben der NATO-Vorgabe von 2% des BSP entsprechen. Die Streitkräfte sind 22 000 Mann stark. Über eine Marine verfügt das Binnenland nicht. Es ist mit ca.

850 Mann an internationalen Einsätzen in Afghanistan (Enduring Freedom), Irak (Friedensunterstützung), Bosnien (SFOR) und Kosovo (KFOR) sowie an verschiedenen UN-Missionen beteiligt (UNFICYP, UNMISSET, UNMEE, UNTSO, UNAMSIL, UNDOF).

Slowenien liegt an der Schnittstelle zwischen Westeuropa, Südeuropa und dem Balkan; vor allem aber bildet es eine wichtige Landbrücke nach Italien und Ungarn und ist daher für das Bündnis ein logistischer Gewinn. Haupt Sorgen bereitet dem Land nicht eine militärische Bedrohung, sondern vielmehr die von Terrorismus, Subversion, Migrationsströmen, organisierter Kriminalität und anderen nicht-militärischen Risiken ausgehenden transnationalen Gefahren. Als hochentwickelte Informationsgesellschaft ist Slowenien auch auf diesem Gebiet verwundbar.

Als kleines Land ist es nicht in der Lage, für alle diese Herausforderungen angemessene Antworten bereitzustellen. Die Gewährleistung seiner äußeren und inneren Sicherheit verspricht Slowenien sich vor allem von der Mitgliedschaft in NATO und EU. Großen Wert legt es auch auf eine enge regionale Zusammenarbeit.

Die Modernisierung und Steigerung der Effizienz seines Verteidigungspotentials und Anpassung an die NATO-Standards haben für Slowenien ebenso wie für alle anderen Beitrittsländer oberste Priorität. Angesichts begrenzter Mittel hat es sich dabei für einen selektiven Ansatz entschieden. Um für NATO- und Friedenseinsätze gerüstet zu sein, soll die Armee in schnell einsetzbare Reaktionskräfte (10%), Hauptstreitkräfte (55%) sowie Kader- und Reserveeinheiten (35%) gegliedert werden. Hinzu kommt eine aktive Zivilverteidigung.

Die slowenische Armee ist mit einem Umfang von 6550 Mann und 4500 Mann paramilitärischen Kräften relativ klein. Etwa 85 Soldaten nehmen an verschiedenen internationalen Einsätzen auf dem Balkan (SFOR II, KFOR) und im Nahen Osten (UNTSO) teil.

Die Balkanstaaten

Bulgarien und Rumänien

Während des Irak-Krieges haben beide Länder ihren strategischen Wert als logistische Stützpunkte der USA und als Korridor zwischen Europa, dem Kaukasus, dem Nahen Osten und Zentralasien unterstrichen. Die größten Gefahren für ihre Sicherheit sehen sie nicht in einem militärischen Angriff, sondern in den Konflikten im östlichen Mittelmeer, im Kaukasus und in der weiterhin labilen Situation auf dem Balkan. Große Risiken bergen auch ökonomische und gesellschaftliche Instabilitäten, Korruption und organisierte Kriminalität sowie der internationale Terrorismus, gegen die es Vorsorge zu treffen gilt. Beide Balkanländer haben aktiv die amerikanische Terrorabwehr unterstützt und den USA während der militärischen Aktionen in Afghanistan und im Irak die Nutzung ihrer Luftstützpunkte gestattet.

Wie für die anderen ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes bedeutete die Anpassung an NATO-Standards eine beträchtliche Umstellung, die nicht nur die Sicherheitsstrategie Bulgariens und Rumäniens betraf, sondern auch die Einführung völlig neuer Budget- und Beschaffungsverfahren erforderte. Diese waren nicht mehr zentral vorgegeben, sondern sollten von den Regierungen entwickelt werden. Die als Vorgaben dienenden MAP-Ziele der NATO mußten an die vorhandenen Bedingungen und Mittel angepaßt werden. Da die finanziellen Ressourcen begrenzt waren, wurde bei der Modernisierung des militärischen Geräts häufig auf Vorhandenes zurückgegriffen, zum Beispiel auf Jagdflugzeuge vom Typ MIG-21 und Lancer (Rumänien) oder MIG-21, 23 und 29 (Bulgarien), die an die NATO-Regeln angepaßt werden. Vor allem sind sie mit den entsprechenden Freund-Feind-Identifikationssystemen (IFF) auszustatten. Der Kauf neuer Flugzeuge vom Typ F-16, den die USA gerne gesehen hätten, wurde dagegen zurückgestellt.

Bulgarien sieht sich nicht in der Lage, seine Sicherheit mit eigenen Mitteln zu

Tabelle

Die zehn mitteleuropäischen Mitgliedstaaten der NATO (Stand: 2002)

<i>Land</i>	<i>Bevölkerung (in Mio.)</i>	<i>Streitkräfte (Mannschaftsstärke)^a</i>	<i>Verteidigungs- haushalt (% BSP)^b</i>	<i>Anzahl der Kräfte in NATO-, UN- oder US-Missionen</i>
Polen	38,6	163 000 (Heer 104 050, Marine 14 300, Luftwaffe 36 450, sonstige ^c 8200) ▶ Reservisten 234 000 ▶ paramilitärische Kräfte 21 400	1,9	3856
Tschechien	10,3	57 050 (Heer 39 850, Luftwaffe 13 100, sonstige 4100) ▶ paramilitärische Kräfte 5600	2,1	1226
Ungarn	9,9	33 400 (Heer 23 600, Luftwaffe 7700, sonstige 2100) ▶ Reservisten 90 300 ▶ paramilitärische Kräfte 14 000	1,8	1039
Bulgarien	7,9	51 000 (Heer 25 000, Marine 4370, Luftwaffe 13 100, sonstige 8530) ▶ Reservisten 303 000 ▶ paramilitärische Kräfte 34 000	2,5	508
Estland	1,4	5510 (Heer 2550, Marine 440, Luftwaffe 220, sonstige 2300) ▶ Reservisten 24 000 ▶ paramilitärische Kräfte 2600	1,6	77 ^d
Lettland	2,4	4880 (Heer 4000, Marine 620, Luftwaffe 250) ▶ Reservisten 13 050 ▶ paramilitärische Kräfte 3200	1,8	165
Litauen	3,7	12 700 (Heer 7950, Marine 650, Luftwaffe 1150, sonstige 2950) ▶ Reservisten 245 700 ▶ paramilitärische Kräfte 14 600	1,8	174
Rumänien	22,4	97 200 (Heer 66 000, Marine 7200, Luftwaffe 14 000, sonstige 10 000) ▶ Reservisten 104 000 ▶ paramilitärische Kräfte 79 900	2,3	1569
Slowakei	5,4	22 000 (Heer 13 700, Luftwaffe 7000, sonstige 1300) ▶ Reservisten 20 000	2,0	854
Slowenien	2,0	6550 (Heer 6550) ▶ Reservisten 20 000 ▶ paramilitärische Kräfte 4500	1,5	85

a Zahlenangaben nach *ISS*, NATO-Kriterien; nationale Angaben können davon abweichen.

b Die Anteile der Verteidigungsausgaben am BSP verändern sich im Zeitablauf stark; eine Erhöhung des BSP bei Wachstumsraten von 8 bis 10% führt bei gleichbleibenden oder nur wenig steigenden Verteidigungsausgaben zu signifikanten Reduzierungen des Prozentsatzes.

c Sonstige militärische Kräfte außerhalb der drei Teilstreitkräfte.

d Angaben des estnischen Außenministeriums.

gewährleisten; es will daher vor allem seine Bündnisfähigkeit durch den Aufbau angemessener und rasch einsatzfähiger Streitkräfte erhöhen. Gleichzeitig sollen die vorhandenen Sicherheitsinstitutionen wie UNO, OSCE und EU/ESDP gestärkt werden.

Die Streitkräfte Bulgariens umfassen 51 000 Mann sowie 34 000 Mann paramilitärische Kräfte. Sie sind mit insgesamt 508 Mann an internationalen Einsätzen beteiligt: Bosnien (SFOR II) Irak (Friedensunterstützung) und Äthiopien/Eritrea (UNMEE).

Rumänien bildet die Landbrücke zu den NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei. Auch dieses Land sieht mögliche Risiken in der noch nicht endgültig befriedeten Region Südosteuropas, im Schwarzmeerraum und im Nahen Osten. Ähnlich wie Bulgarien spricht sich Rumänien für eine leistungsfähige ESDP aus, wünscht aber keine Konkurrenz zur NATO. Die strategische Partnerschaft zu den USA soll gestärkt, mit den anderen Partnerstaaten sollen privilegierte Beziehungen entwickelt werden.

Obwohl Rumänien seine Truppen seit 1990 bereits um ca. zwei Drittel reduziert hat, verfügt es unter den neuen Mitgliedern mit 97 200 Mann über die umfangmäßig stärksten Streitkräfte, die aber restrukturiert und modernisiert werden müssen. Hinzu kommen 79 900 Mann paramilitärische Kräfte. Das Land ist mit ca. 1500 Soldaten an folgenden internationalen Einsätzen beteiligt: Afghanistan (ISAF), Irak (Friedensunterstützung), Bosnien (SFOR II), Kosovo (KFOR), Kongo (MONUC) und Äthiopien/Eritrea (UNMEE).

Die »Neuen«: Bereicherung oder Belastung?

Die Bewertung ergibt ein differenziertes Bild. Aus deutscher Sicht verstärken die Neumitglieder vor allem die Stabilitätszone in Mittelosteuropa. Für die USA sind sie dagegen eher Partner im »Krieg gegen den Terror«.

Den Anforderungen der NATO im Sinne der MAP-Kriterien entsprechen am wei-

testen die Slowakei und Slowenien, wobei letzteres mit einem Anteil von 1,5% seines Verteidigungshaushaltes am BSP (2002) unter der NATO-Richtlinie von 2,0% liegt. Die Slowakei erfüllt die Richtlinie, über dem Schwellenwert liegen nur Bulgarien mit 2,5% und Rumänien mit 2,3%. Nur diese drei Länder verfügen über zahlenmäßig größere Streitkräfte, die sich aber noch im Prozeß der Umstrukturierung befinden. Die anderen Beitrittsländer müssen ihre Armeen neu aufbauen und modernes Gerät anschaffen, wobei sie durch knappe Ressourcen behindert werden. Alle Länder haben auch noch Defizite in ihren C⁴IR-Fähigkeiten sowie im Ausbildungs- und Bereitschaftsgrad. Gleichzeitig müssen sie aber nicht nur den Standard der »alten« Mitglieder erreichen, sondern zusammen mit diesen den von der NATO 2002 in Prag eingeleiteten Transformationsprozeß in Richtung eines Militärbündnisses bewältigen, das zu vorbeugenden Interventionen fähig ist. Dazu brauchen sie die Hilfe der »alten« Mitglieder. Wie die Beteiligung der Beitrittsstaaten an Friedensmissionen zeigt, tragen aber alle – viele allerdings nur in geringem Maß – bereits zur Stärkung des Bündnispotentials bei.

Ihr wichtigster Beitrag ist die Zurverfügungstellung ihres Territoriums, ihres Luftraums und hochwertiger Infrastruktur. Längerfristig werden sie aber auch einen positiven militärischen Beitrag leisten. Auf jeden Fall werden sie in das Bündnis neue Ideen, Interessen und Erfahrungen einbringen. Sie werden die Allianz verändern; das Ergebnis wird eine »neue NATO« sein.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364